

Geld oder Leben?

Endspiel um Griechenland – und um die Zukunft der Europäischen Währungsunion

Jens van Scherpenberg

Als die griechischen Wähler sich am 25. Januar 2015 mit großer Mehrheit für die linkssozialistische Syriza-Partei entschieden, belohnten sie mit ihrer Stimme ein Regierungsprogramm, das die Hoheit über den eigenen Haushalt wiederzugewinnen, das Troika-Regime immer neuer Auflagen zur Reduzierung von öffentlichen Ausgaben und Lebensstandard zu beenden und das Land wieder auf einen Wachstumspfad zu führen versprach. Mit den Beschlüssen des Eurozonen-Gipfel vom 12. Juli 2015 unterwarf sich dieselbe Regierung einem Aufsichtsregime, das über die bisherigen Auflagen weit hinausgeht und das Land für noch unbestimmte Zeit faktisch zum Protektorat der Eurozone erklärt, dessen Regierung im Wesentlichen die Rolle einer lokalen Auftragsverwaltung bleibt.

Die viereinhalb Monate, die zwischen diesen beiden Daten liegen, sind nicht nur geprägt durch eine für Themen der Europapolitik beispiellose Propagandakampagne, an der sich führende Politiker zumal in Deutschland, aber

auch in Griechenland, beteiligten, deren polemische Äußerungen in der Presse ein oft bis zur nationalistischen Hetze verstärktes Echo fanden. Dieser Aufheizung der öffentlichen Meinung entsprach auch ein völliges Aneinandervorbeireden der Verhandlungspartner im Rat der Eurofinanzminister wie bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone. Wechselseitige Bezeichnungen der Inkompetenz wie der in böser Absicht angestrebten Unterwerfung und Demütigung eines souveränen Landes waren die Folge.

Es sagt viel aus über den Stand des europäischen Projekts, dass sich an der Frage, wie und zu welchen Bedingungen die Überschuldungskrise Griechenlands gemeinsam zu bewältigen wäre, also an einer scheinbar technischen europolitischen Frage, eine so heftige öffentliche Debatte mit so extremen propagandistischen Verzerrungen entzündet, dass aus dem griechischen Schuldenproblem ein Austausch moralischer Schuldvorwürfe wird. Ganz offenbar wirft dieses Thema fun-



Dr. Jens van Scherpenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

damentale Prinzipienfragen auf. Für die deutsche Bundesregierung geht es darum, die Glaubwürdigkeit des Euro als eine schlagkräftige, von wirtschaftlicher Stärke und soliden Staatsfinanzen untermauerte Weltwährung zu bewahren. Die griechische Regierung sieht durch die Auflagen der Troika-Institutionen das Überleben der Nation als souveräner Einheit gefährdet, sieht weite Teile der Bevölkerung in Verarmung und Unterversorgung mit essentiellen öffentlichen Dienstleistungen gedrängt. Geld oder Leben, so scheint es, sind die Alternativen, die sich hier unversöhnlich gegenüberstehen.

Diesen Nebel moralisierender Propaganda gilt es zu durchdringen, kurz zu rekapitulieren, wie Griechenland überhaupt in die jetzige Situation geraten ist, und die beiderseitigen Positionen sowie die in ihnen zum Ausdruck kommenden grundlegenden Interessen der Beteiligten zu erklären, um zu verstehen, warum sie in den letzten Monaten derart unvereinbar waren – und es bis zum „Verhandlungsergebnis“ vom 12. Juli 2015 blieben. Was dieses Datum nicht nur für Griechenland, sondern für die weitere Entwicklung der Eurozone, ja des europäischen Integrationsprojekts insgesamt bedeutet, ist heute noch gar nicht abzuschätzen.

Die Ausgangslage Griechenlands

Die griechische Verschuldungskrise, so heißt es, sei der Tatsache geschuldet, dass das Land „über seine Verhältnisse gelebt“ habe. Das ist, auch wenn sie von renommierten Ökonomen geäußert wird, eine selbstgerechte ex-post-Weisheit von sehr bescheidenem Aufklärungswert, ebenso wie die Behauptung, Griechenlands Beitritt zum Euro sei erschlichen und ein großer Fehler gewesen. Sein Beitritt war politisch gewollt als wichtiger Beitrag zur ökonomischen und politischen Konsolidierung eines Landes, das seit 20 Jahren EU-Mitglied war, das militärisch, politisch und kulturell zum Kern der Nationen des Westens gehörte und dem erhebliche strategische Bedeutung an der Südostflanke von EU und NATO zukam, eines Landes zudem, das eine wichtige Brücke zu den nahöstlichen Märkten bilden konnte. Über die zweifelhafte Datenlage, was die Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“ des Euro-Stabilitätspaktes anging, wurde generös hinweggesehen.

Und seit es im Jahr 2001 in die Eurozone aufgenommen wurde, hat Griechenland genau gemäß den Verhältnissen gelebt, die mit der Eurozone geschaffen wurden. Weil die Finanzmärkte mit Einführung des Euro die Eurozone als quasi einheitlichen Kapitalmarkt mit einer starken Währung behandelten, in dem die Kreditrisiken einzelner Staaten und Volkswirtschaften keine Rolle mehr spielen, differierten die nationalen Zinssätze der Eurozonenländer nur mehr im Nachkommabereich. Staat, Unternehmen und Bürger profitierten damit in Griechenland wie in anderen bisherigen Schwachwährungs- und daher Hochzinsländern von den mit der Währungsumstellung schlagartig sinkenden Kreditzinsen.

Der Zufluss billiger Kredite, den die großen europäischen, namentlich französischen und deutschen Banken bereitwillig zur Verfügung stellten, erlaubte in den südlichen Euroländern und in Irland nicht nur Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Modernisierung und Expansion von Unternehmen, sondern befeuerte auch Korruption und eine beispiellose Immobilienspekulation. Aber auch das Lohnniveau und insgesamt der allgemeine Lebensstandard stiegen. Die wachsende inländische Kaufkraft schlug sich naturgemäß in steigenden Importen und damit einer zunehmend defizitären Leistungsbilanz nieder, gesamtwirtschaftlich gesehen finanziert durch Kapitalzuflüsse in Form von Krediten aus den nördlichen Eurostaaten. Diesen Defiziten standen wachsende Leistungsbilanzüberschüsse und damit einhergehende Kapitalexporte Deutschlands, der führenden Wirtschafts- und vor allem Exportmacht der Eurozone gegenüber. Denn hier sorgten die Konjunkturschwäche in den Jahren nach 2000, die Effekte der Agenda-2010-Politik – die Kürzung von Sozialausgaben, die Einführung eines Billiglohnssektors und der davon ausgehende Druck auf das allgemeine Lohnniveau – für eine Stagnation der inländischen Kaufkraft. Die stattlichen Wachstumsraten in Griechenland, Spanien, dem „keltischen Tiger“ Irland wurden noch bis in die Anfänge der Finanzkrise hinein als Erfolg der mit dem Euro hergestellten Stabilität gefeiert und trugen mit dazu bei, die rezessiven Folgen der Agenda-Politik in Deutschland abzumildern.

Vor der mittelfristigen Unhaltbarkeit dieser Ungleichgewichte warnten zwar einige wenige Ökonomen schon vor der Finanzkrise. So

wies Daniela Schwarzer schon 2005, zuletzt dann im Frühjahr 2009, als von einer Krise Griechenlands noch gar nicht die Rede war, darauf hin, dass sich diese Ungleichgewichte in der Eurozone keineswegs, wie von der neoklassischen ökonomischen Lehrbuchmeinung postuliert, von selbst ausgleichen, sondern dass es zusätzlicher Integrations Schritte und finanzieller Ausgleichsmechanismen bedarf (Dullien/Schwarzer 2005, 2009).

Dafür war es allerdings zu spät, als ab Mitte 2009 die Finanzmärkte unter dem Eindruck der Bankenkrise in den führenden westlichen Industriestaaten begannen, die Länderrisiken der Eurozone im Lichte der Tragfähigkeit der aufgelaufenen nationalen Leistungsbilanzdefizite und Staatsverschuldung neu – und das hieß: sehr viel differenzierter – zu bewerten. Die Folge waren drastisch steigende Zinsen für die Staatsanleihen verschiedener hoch verschuldeter Euro-Länder. Und das führte im Fall Griechenlands, kaum war seine effektive Staatsverschuldung nach jahrelanger Falschberechnung in ihrer wahren Höhe bekannt geworden, zur faktischen Zahlungsunfähigkeit. Denn die Staatsschulden ließen sich auf dem Kapitalmarkt nicht mehr zu auch nur im entferntesten tragfähigen Zinsen refinanzieren.

An dieser Stelle setzt die scharfe Kritik von Janis Varoufakis an der Politik der Eurozone gegenüber der Schuldenkrise ein.

Dialog unter Gehörlosen – die „Verhandlungen“ zwischen der Regierung Tsipras/Varoufakis und den Euro-Finanzministern

Die Regierung Tsipras war nicht nur angetreten, um Griechenlands bisheriges korruptes Regierungssystem zu reformieren, sondern auch, um zu korrigieren, was aus ihrer Sicht ein zentraler Fehler der bisherigen Kreditprogramme der Eurozone für Griechenland war: die extrem hohe Schuldenlast, zu deren Bedienung die europäischen Gläubiger dem Land die Verpflichtung auf einen dauerhaft hohen Primärüberschuss des Haushalts, also der Einnahmen über die laufenden Ausgaben (ohne Schuldendienst) auferlegten. Damit, so die Syriza-Regierung, werde es unmöglich

gemacht, den Haushalt für eine investitions- und wachstumsförderliche Politik einzusetzen. Nur eine deutliche Schuldenstreichung, könne den finanziellen Spielraum schaffen, einige extreme Kürzungsmaßnahmen nicht nur bei den Sozialkosten, sondern auch bei Erziehung und Gesundheitswesen rückgängig zu machen, so wieder binnenwirtschaftliche Wachstumsanreize zu stiften und damit auch ein günstigeres gesamtwirtschaftliches Klima für grundlegendere Reformen von Staat und Wirtschaft in Angriff zu nehmen.

Natürlich wurde dieses Programm – immerhin ging es der Syriza-Regierung auch um die innenpolitische Konsolidierung ihres Wahlerfolgs – mit viel nationalistischem Vokabular aufgeladen: Abschütteln des Troika-Regimes, Rückgewinnung nationaler Souveränität und Würde usw. Ökonomisch allerdings war es in sich schlüssig.

In einem Artikel im britischen „Guardian“ (11.7.2015) nach seinem Rücktritt blickte Varoufakis noch einmal zurück auf die Ausgangslage: „2010 wurde der griechische Staat insolvent. Zwei mit einer fortdauernden Mitgliedschaft in der Eurozone vereinbare Optionen boten sich an: die vernünftige, die jeder ordentliche Bankier empfehlen würde – Umschuldung und Wirtschaftsreformen; und die toxische Option – einem bankrotten Schuldner neue Kredite zu geben (extending new loans) und so vorzuspiegeln (pretending), dass er weiter zahlungsfähig sei.“ Varoufakis dürfte allerdings bewusst sein, dass „extending and pretending“ sich nicht nur auf Griechenland und die Eurokrisenländer beschränkte, sondern das Leitmotiv ist, unter dem in der ganzen westlichen Welt mit den Folgen der Finanzkrise umgegangen wird: private Schulden durch staatliche ersetzen, Staatsschulden durch immer neue Schulden auflösen und dabei so tun, als ob diese Schulden noch immer einen tatsächlichen Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung darstellten, obwohl die Krise längst klargemacht hat, dass solche Ansprüche in das Reich der Fiktion gehören.

Deshalb schlossen die Gläubigerstaaten für Griechenland schon zu Beginn der Krise 2010 genau die Option aus, die im Reglement der Eurozone für einen solchen Fall eigentlich vorgesehen war: no bail-out, kein finanzieller Beistand, um ein bankrottes Euro-Land zahlungsfähig zu halten. Stattdessen bogen sie

sich, vor allem auf Druck Frankreichs, die für Naturkatastrophen vorgesehene Notfalls-klausel des Art. 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) zurecht, um zunächst den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), 2013 dann den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu schaffen.

Damit begingen sie den entscheidenden Sündenfall der Eurozone im Umgang mit der Staatsschuldenkrise, den auch die scharfen Kritiker des Euro-Krisenmanagements Schäffler/Friedrich (2012, 358) benennen: „Die Währungsunion hätte ohne politische Sanktionierung von Verletzungen des SWP (des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 1997, JvS) auskommen können, wenn die Drohung des Staatsbankrotts glaubhaft geblieben wäre. Doch diese ... entscheidende Wurzel wurde durch die Griechenland-Rettung ersatzlos abgeschnitten“.

Was wäre geschehen, wenn die Eurostaaten sich 2010 an ihre eigene No-bailout-Regel gehalten hätten? Griechenland wäre, nach entsprechenden Verhandlungen mit Banken und Eurostaaten, den größten Teil seiner Schulden los gewesen, hätte damit zwar für geraume Zeit die Möglichkeit verloren, sich am Kapitalmarkt neu zu verschulden, hätte aber auf der Grundlage eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung sein eigenes wirtschaftliches Reformprogramm, wie es die Syriza-Regierung plante, in Angriff nehmen können. Die griechischen Banken hätten natürlich ernsthafte Liquiditätsprobleme bekommen, einige von ihnen wären vielleicht sogar insolvent geworden und der Staat hätte zumindest in gewissem Umfang für ihre Kundeneinlagen garantieren müssen. Vor allem aber hätten Griechenlands Kapitalmarktgläubiger, allen voran französische und deutsche Banken und Versicherungen, ihre Kreditforderungen an Griechenland und ihre Bestände an griechischen Staatsanleihen weitgehend abschreiben müssen, hätten darüber erneut hohe Milliardenverluste erlitten. Eine weitere höchst unpopuläre Bankenrettung aus Steuergeldern hätte nötig werden können, vor allem aber wurde eine hohe Ansteckungsgefahr für die übrigen potentiellen Krisenländer befürchtet. An deren steigenden Kapitalmarktzinssätzen ließ sich bereits ablesen, dass die Finanzmärkte auch ihre Kre-

ditwürdigkeit zunehmend in Zweifel zogen. Aus Sicht der Eurostaaten war die Verletzung der eigenen Regeln durch „Extend and pretend“ somit alternativlos.

Eine *pauschale* Garantie der Zahlungsfähigkeit aller vom Verlust ihrer Schulden-tragfähigkeit und damit Kreditwürdigkeit bedrohten Euroländer hätte jedoch selbst die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands als der wichtigsten Garantiemacht des Euro überfordert und damit den Euro insgesamt zu einer international wenig glaubwürdigen Schwachwährung degradiert.

Jedes zusätzliche Kreditprogramm muss daher, dieser Logik folgend, zwingend mit Auflagen verbunden werden, die für die betreffenden Länder, allen voran Griechenland, zumindest die fiktive Perspektive einer Rückkehr zu Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Wachstum aus eigener Kraft, also auch zu Schuldendienstfähigkeit und Kreditwürdigkeit eröffnen und so den Rang des Euro als über jeden Zweifel erhabene internationale Anlage- und Reservewährung bewahren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das fundamentale Unverständnis zwischen Varoufakis und seinen Eurozonen-Kollegen unter Führung von Wolfgang Schäuble, das sich dann ja auch in gegenseitigen persönlichen Diffamierungen niederschlug, ist darauf zurückzuführen, dass beide Seiten auf völlig unterschiedlichen Ebenen argumentierten.

Für Tsipras und Varoufakis standen Griechenland und sein Verbleib in der Eurozone im Vordergrund. Sie versuchten, mit ökonomischen Argumenten wie mit der Beschwörung des Zusammenhalts der Eurozone die Situation ihres Landes zur europäischen Sache zu machen. Das aber war nicht die Verhandlungsebene, auf der sich die Gegenseite bewegte. Für die Führungsmacht der Eurozone ist es in den Verhandlungen nie primär um Griechenland gegangen, sondern um den Euro selbst als eine der beiden führenden Weltwährungen. Seine internationale Glaubwürdigkeit verdankt sich einem Wirtschaftsraum, der es in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen auf dem Weltmarkt mit den großen konkurrierenden Weltwirtschaftsmächten aufnehmen kann und der – wenn er schon nicht über eine einheitliche Staatsgewalt verfügt – zu-

mindest einem strikten, der Stabilität der gemeinsamen Währung verpflichteten supranationalen Regelsystem unterworfen ist. Des- sen Kern ist der Grundsatz, dass die Eurozone keine „Transferunion“ mit horizontalem Finanzausgleich, also starken supranationalen Strukturen für eine fiskalpolitische Belebung der Binnennachfrage ist, sondern dass jedes Land sich selbst um seinen Erfolg in der Konkurrenz unter den Mitgliedern der Währungsunion zu kümmern hat, in dem es sich erforderlichenfalls durch strikte angebotsorientierte Maßnahmen – Senkung von Arbeitskosten und staatlichen Ausgaben, Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Liberalisierung von Märkten – dem Kriterium der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Produktivitätsvergleich unterwirft.

Diese Regelgebundenheit durchzusetzen, sieht die Bundesregierung als die zentrale Aufgabe deutscher Führung in der Eurozone. An Griechenland will sie das Exempel statuieren, was mit einem Land geschieht, das die Regeln der Eurozone verletzt.

Das war wohl das zentrale Missverständnis der vier Monate vor der Entscheidung vom 12. Juli 2015, das die Verbitterung auf beiden Seiten über so viel Verständnislosigkeit der anderen Seite immer weiter wachsen ließ.

Die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015

Der Forderungskatalog, dem der griechische Regierungschef Tsipras auf dem Gipfeltreffen der Eurostaaten in Brüssel am 12. Juli 2015 unter dem Druck eines durch den Entzug der EZB-Unterstützung illiquiden, zur Schließung gezwungenen Bankensystems und dem damit drohenden völligen Zusammenbruch jeder wirtschaftlichen Aktivität im Lande zustimmen musste, ist von bemerkenswerter Rigorosität und geht weit über alles hinaus, was Griechenland bislang an sogenannten Reformauflagen hatte akzeptieren müssen.

Das griechische Parlament wurde verpflichtet, innerhalb weniger Tage nicht nur das gesamte Programm zu akzeptieren, sondern auch eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen sogleich legislativ umzusetzen. Dazu gehören als wichtigste

- eine Vereinfachung und teilweise substantielle Erhöhung der Mehrwertsteuer, u.. für Hotelbetriebe, die bereits zum 20. Juli 2015 wirksam wurde und vor allem auch die Tourismusindustrie trifft;
- Sofortmaßnahmen im Rentensystem, die die Leistungsansprüche reduzieren und das Rentenalter auf 67 hinausschieben;
- Die strikte Einhaltung des Fiskalpaktes und „quasi-automatische Ausgabenkürzungen“, sollte der Haushalt die vorgegebenen „ehrgeizigen“ Primärüberschussziele verfehlen;
- eine unverzügliche Reform der Zivilrechtssprechung, sowie Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors durch entschiedenes Vorgehen bei notleidenden Krediten (vor allem die Beschleunigung von Zwangsäumungsverfahren gegen zahlungsunfähige Hypothekenschuldner);
- „ehrgeizige Produktmarktreformen“ gemäß den Deregulierungs-Empfehlungen der OECD;
- tiefgreifende Arbeitsmarktreformen unter Anpassung „an bewährte internationale und europäische Verfahren“;
- beschleunigte Privatisierung von Staatsvermögen, durch Übertragung von Vermögenswerten im geschätzten Wert von 50 Mrd. € an einen unabhängigen Fonds, also eine Art Treuhandanstalt für Griechenland.

Schließlich hat Griechenland „zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf“ die Institutionen der Troika – IWF, EU-Kommission und EZB – zu konsultieren und sich mit ihnen abzustimmen, bevor irgendetwas davon im Parlament auch nur diskutiert, geschweige denn verabschiedet wird. „Die Eigenverantwortung (‘ownership’ im englischen Original) der griechischen Regierung ist von ausschlaggebender Bedeutung, und auf politische Verpflichtungen sollte eine erfolgreiche Umsetzung folgen,“ heißt es im Gipfeldokument.

Die griechische Souveränität erschöpft sich damit in der „Hoheit“ des Parlaments, die Vorgaben der Euro-Finanzminister in Gesetzesform zu bringen, und der Aufgabe der Regierung, diese Vorgaben – unter strikter Aufsicht durch die Beamten der Troika – durchzusetzen.

In der Sache hat sich die EU damit die ehrgeizige Aufgabe gestellt, eines ihrer langjährigen Mitglieder einem „State building“-Prozess zu unterziehen, einem umfassenden Programm zum Aufbau oder zur Modernisierung grundlegender staatlicher Institutionen. Allgemeine öffentliche Verwaltung, Justiz, Bodenrecht und Katasterwesen, Steuersystem und Finanzverwaltung, Gesundheitswesen, Arbeits- und Unternehmensrecht sollen so organisiert werden, dass die essentiellen Staatsfunktionen effizient und sparsam erbracht werden, privatwirtschaftliche Aktivität aktiv gefördert statt administrativ behindert wird, und der Staat sich im übrigen aus allen Aktivitäten zurückzieht, die nach den Kriterien der EU durch Privatunternehmen genauso gut oder besser erbracht werden können. So zumindest die Idealvorstellung.

Die Kehrseite dieses ambitionierten Programms eines externen Mikromanagements des griechischen Staatsapparates besteht allerdings darin, dass damit faktisch auch die „ownership“, die Verantwortung für das Programm, zum großen Teil auf die Troika-Institutionen, also vor allem EU und Eurozone übergeht, die „Schuld“ für sein Scheitern sich nicht mehr so einfach auf Griechenland abwälzen lässt.

Genau dieses Dilemma dürfte der deutsche Finanzminister Schäuble im Auge gehabt haben, als er kurz vor dem entscheidenden Euro-Gipfel vom 12.7.2015 ein (vielfach in der Presse veröffentlichtes) Papier vorlegte, das neben dem „Plan 1“ eines umfassenden Programms zur Staatsmodernisierung den „Plan 2“ eines „Grexit auf Zeit“, eines temporären Ausscheidens Griechenlands aus der Währungsunion zur Debatte stellte. Zwar findet sich dieser „Plan 2“ nicht in der Gipfel-Erklärung selbst; für den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Scheiterns des Programms bleibt er jedoch – einmal ausgesprochen – unweigerlich auf dem Tisch. Der Geist ist aus der Flasche, oder wie der „Economist“ (18. 7. 2015) schreibt: „Diese Idee (des ‚Grexit auf Zeit‘, JvS) wurde aus der endgültigen Vereinbarung gelöscht, aber zu spät. Deutschlands unerschütterliche Verpflichtung auf die Unwiderruflichkeit der gemeinsamen Währung ist weg, und sie kann nicht wieder neu erfunden werden.“

Imperiale Überdehnung oder vertiefte Integration? Die Eurozone in der Zerreißprobe

Die harte deutsche Verhandlungsführung gegenüber Griechenland, wie sie sich in den Beschlüssen vom 12. Juli 2015 niederschlug, hat auf den verschiedensten Ebenen höchst zentrifugale Ergebnisse zeitigt:

Dissens in der Troika

In einer Schuldentragfähigkeitsanalyse, die kurz vor dem griechischen Referendum bekannt und danach noch einmal aktualisiert wurde (IMF 2015), hat der IWF klargestellt, dass Griechenland seine Schulden selbst unter den optimistischsten (und aus IWF-Sicht völlig unrealistischen) Annahmen zu Haushaltsüberschüssen und Wachstum nicht zurückzahlen kann. Nötig seien entweder eine mindestens 30-jährige Freistellung von jeder Bedienung seiner jetzigen und künftigen Schulden bei EFSF und ESM oder jährliche Zuschüsse der EU oder tiefe Streichungen der Schulden. Die beiden letzten Optionen aber lehnt die Eurozone als Verletzung der „no-bailout“-Regel strikt ab. Allenfalls die Option einer jahrzehntelangen Laufzeitverlängerung und Aussetzung des Schuldendienstes sei denkbar – also ein weiteres Mal „extend and pretend“.

Ob sich der IWF unter diesen Umständen noch einmal an einem dritten Rettungspaket beteiligt, ist ungewiss, auch wenn seine Beteiligung vom Euro-Gipfel zur Bedingung erklärt wurde. Bereits jetzt ist die Stellung der geschäftsführenden Direktorin des IWF, Christine Lagarde, unter den IWF-Mitgliedern deutlich geschwächt. Der kürzlich neu ernannte Chefökonom des IWF, Maurice Obstfeld, gilt als scharfer Kritiker der von der Eurozone praktizierten Austeritätspolitik.

Dissens in der Bundesregierung

Die offen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten rund um das Schäuble-Papier zwischen Schäuble und Kanzlerin Merkel sind Ausdruck tiefgreifender Differenzen über die von Deutschland zu verfolgende Strategie für die Eurozone. Es geht darum, welche Behandlung Griechenlands sich bes-

ser als wirksames Exempel für andere Eurostaaten eignet und zur Glaubwürdigkeit der Eurozone beiträgt: der Grexit oder ein protektoratsähnliches rigoroses Auflagen- und Kontrollregime, das Griechenland in der Eurozone – und diese damit zusammen – hält. Die Schäuble-Position eines Grexit setzt nicht nur auf dessen abschreckende Wirkung für andere Staaten angesichts der zu erwartenden einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf Griechenland, sondern auch darauf, dass sein Ausscheiden sich als Sonderfall ohne Präzedenzwirkung für die Eurozone quasi isolieren lasse. Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel fürchten eben diesen Präzedenzfall und vor allem die Schwächung Deutschlands als der letztlichen Garantiemacht des Euro und der Irreversibilität der Eurozone.

Deutsch-französischer Dissens

Die Drohung mit dem „Grexit“ hat auch den politischen Konsens unter den 18 übrigen Mitgliedern der Eurozone gegenüber Griechenland zerstört, den Merkel und Schäuble noch bis zum griechischen Referendum erfolgreich herstellen konnten. Zwar wurde Deutschland von 14 weiteren Eurozonen-Mitgliedern unterstützt, doch waren das neben den Niederlanden und Spanien eher die kleineren nord- und mitteleuropäischen Staaten. Die EU-Schwergewichte Frankreich und Italien sprachen sich auf dem Euro-Gipfel vom 12. 7. 2015 vehement gegen die von Schäuble auf den Tisch gelegte Drohung mit dem Grexit aus.

Frankreichs Präsident Hollande ergriff die Chance, sein Land als die gleichberechtigte zweite europäische Führungsmacht zu positionieren. Gegen Deutschland übernahm er die Rolle eines Garanten der Unauflöslichkeit der Eurozone – ohne allerdings in der Lage zu sein, diese Garantie letztlich selbst – ohne Unterstützung durch Deutschland – ökonomisch einzulösen. In seiner Pressekonferenz zum Abschluss des Euro-Gipfels am Morgen des 13.7. machte er seine Interpretation des Zusammenhangs zwischen Euro und Europäischer Integration deutlich: „Wenn Griechenland die Euro-Zone verlassen hätte, was hätte man gesagt? Dass die Euro-Zone unfähig ist, ihre Integrität, ihre Solidarität zu sichern...

Die Euro-Zone wäre zurückgefallen, wo Europa vorwärts gehen soll und ein Projekt tragen, das die Völker schützt.“

Indem er die Gipfelerklärung vom 12.7. 2015 mittrug, die im wesentlichen auf Schäubles Plan 1 beruhte, gab Hollande jedoch zugleich der Sachzwang-Logik recht, die die deutsche Politik gegenüber Griechenland im Besonderen, den Eurokrisen-Staaten generell, letztlich aber auch gegenüber Frankreich als Dogma formuliert: Eine Überwindung der Schuldenkrise könne es nur geben durch die Kombination fiskalischer Austeritätspolitik und struktureller Reformen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit, kurz: durch eine Befolgung des erfolgreichen deutschen Vorbildes.

Für Hollande dürfte klar geworden sein, dass die deutsche Politik des an Griechenland zu statuierenden Exempels keineswegs primär Griechenland als Adressaten hat, sondern letztlich Frankreich selbst, das ebenfalls seit Jahren und noch auf weitere Jahre hinaus die Bestimmungen des alten Stabilitäts- und Wachstumspaktes, erst recht des neuen Fiskalpaktes von 2012, verletzt und erhebliche Schwierigkeiten mit der Reform seiner Wirtschaft hat.

Ist also das europäische Projekt insgesamt bedroht? Deutschland ist durch seine harte Haltung gegenüber Griechenland Ziel heftiger, ja giftiger Kritik in der europäischen und internationalen Öffentlichkeit wie auch unter führenden nichtdeutschen Ökonomen, ja des Neokolonialismus oder -imperialismus beschuldigt worden. Die linker Imperialismuskritik eher unverdächtige Financial Times (FT) diagnostiziert nüchtern einen „imperial overstretch“ der EU und ihrer Führungsmacht. Die EU sei ein „imperialist project“, aber natürlich eines des 21. Jahrhunderts, mit großen Unterschieden zu den Imperien des 19. und 20. Jahrhunderts. Frühere Imperialmächte „holten nicht die Zustimmung derer ein, die sie kolonisierten, und sie unterdrückten die meisten Formen demokratischer Betätigung. Allerdings dürften die heutigen Griechen diese Unterschiede nicht als besonders groß wahrnehmen“ (FT 14.7.2015).

Der Autor unterschätzt zwar den entscheidenden Unterschied: „Imperialismus heute“, das zeigt die Eurozone, funktioniert letzt-

lich durch die Macht des Geldes – und seines Entzuges. Er tritt als ökonomischer Sachzwang auf, den zu exekutieren den demokratischen Regierungen der dieser Macht unterworfenen Nationen obliegt. Dafür vor allem steht das Exempel, das an Griechenland statuiert worden ist. Aber der Verweis auf die griechische Wahrnehmung ist auch ein Verweis auf die Grenzen dieses Sachzwangs. In vielen Ländern wächst das Gewicht eurokritischer Parteien, ist ein proeuropäischer innenpolitischer Konsens immer schwerer herzustellen.

War die Mitgliedschaft in der Eurozone zunächst für alle von jenem Grundprinzip geleitet, das die Bildzeitung, das Leitmedium der antigriechischen Propaganda in Deutschland, der griechischen Regierung als Vorwurf vorhält – sie sei darauf aus, „aus der großen Idee vom geeinten Europa baren Gewinn zu schlagen“ (BILD, 1.7.2015) –, so ist dieses allen EU- und erst recht Eurostaaten gemeinsame Leitmotiv längst der Wahrheit gewichen, dass sich nach 15 Jahren Europäischer Währungsunion eine scharfe Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Konkurrenz herausgebildet hat. Für viele ist die gemeinsame Währung von einer Sache, die sich für die eigene Nation wirtschaftlich rechnet, zu einer Belastung geworden, die allenfalls noch der Kalkulation unterliegt, welcher Schaden größer ist: der des Verbleibens im Euro oder der des Ausscheidens. Letzteres aber ist eine systemsprengende Perspektive für die europäische Integration, wie Angela Merkel mit ihrem vielzitierten und mehrfach wiederholten Ausspruch „Scheitert der Euro, scheitert Europa“ deutlich machte.

Unter diesen Umständen erscheint jener entscheidende Schritt vorwärts aus der Unhaltbarkeit der Währungsunion in ihrer gegenwärtigen Ausprägung, für den sich Präsident Hollande in seinem Interview zum Nationalfeiertag am 14. Juli 2015 einzusetzen versprach, der Schritt zu einer Wirtschafts- und Fiskalunion der Eurozone, nahezu unausweichlich. Den Konsens unter den Regierungen und Parlamenten der 19 Eurostaaten herzustellen für die Preisgabe ihrer Souveränität über ihre eigene ökonomische und finanzielle Basis zugunsten einer solchen Union mit gemeinsamem Parlament und Haushalt einschließlich einer eigenen Steuerbasis und damit eigener supranationaler Finanz-

ausgleichskapazität, das dürfte allerdings selbst die europäische Hegemonialmacht Deutschland überfordern.

Literatur

- Conférence de presse du président de la République à l'issue du Sommet de la Zone Euro, Bruxelles, Lundi 13 juillet 2015, www.elysee.fr/declarations/article/confere-nc-e-de-nc-e-a-l-iss-e-du-sommet-de-la-zone-euro-2/
- Dullien, Sebastian / Daniela Schwarzer: Eurozone unter Hochspannung. Die regionalen Konjunkturzyklen in der Währungsunion müssen stabilisiert werden; Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, SWP-Aktuell Nr. 21, Mai 2005;
- dies.: Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, SWP-Aktuell 27, Juni 2009.
- Erklärung des Euro-Gipfels, Brüssel, 12. Juli 2015, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/07/pdf/20150712-eurosummit-statement-greece/; eine Fassung mit kritischen Annotationen findet sich unter: <http://yanisvaroufakis.eu/2015/07/15/the-euro-summit-agreement-on-greece-annotated-by-yanis-varoufakis/>
- Kay, John: Imperial ambitions have pushed Europe to its limits, Financial Times, 14.7.2014.
- International Monetary Fund, IMF Country Report No. 15/185, 2. Juli/14. Juli 2015, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf>.
- Pain without end. A deal between Greece and Europe averts one disaster, and hastens the next, The Economist, 18.7.2015.
- Schäffler, Frank / Dirk Friedrich: Zur Unumkehrbarkeit der Euro-Rettungsschirmpolitik und ihren ungewollten Folgen, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 5 (2012) 3, 355-366.
- Varoufakis, Yanis: „Behind Germany's refusal to grant Greece debt relief“, www.yanisvaroufakis.eu, 11. Juli 2015, veröffentlicht unter dem redaktionellen Titel „Germany won't spare Greek pain – it has an interest in breaking us“, The Guardian, 11.7.2015.